

ZEITUNG AM SAMSTAG

Online-Ausgabe am 28. März 2020



Friseurtermin!

Milliarden, Schnipp-Schnapp

Wie wird Deutschland in den nächsten Monaten frisiert sein? Während die Matte bei 80 Millionen Deutschen wächst, soll es 750 Milliarden „Hilfsgelder“ geben. [Seite 2](#)



Mensch braucht Kontakte

Gastbeitrag

Prof. Dr. Joachim Bauer hält die bisher verordneten Maßnahmen gegen COVID-19 für richtig, warnt aber: „Mehr als vier Wochen halten viele Menschen das psychisch nicht durch.“ [Seite 4](#)

Das Ende der Freiheit

So richtig es ist, dass das Corona-Virus durch den Zusammenhalt aller bekämpft werden soll, so wenig darf es sein, dass Politiker dies nutzen, um ihr Profil zu stärken. Das wäre nämlich die Blaupause zum totalitären Regime. [Von Michael Zäh](#)

Wäre das, was wir alle derzeit erleben ein Film, würde dessen Titel wohl lauten: „Das Ende der Freiheit.“ Doch weil es kein Film ist, sondern die Realität, muss man sagen: Wir führen jetzt in echt mal ein Leben, das gespenstisch ist. Wir können mal fühlen, wie das ist, wenn alle Rechte blitzschnell kassiert werden, quasi hopplahopp. Wer hätte je gedacht, dass den Bürgern in Deutschland vom Staat vorgeschrieben wird, wen und wieviele Leute sie treffen dürfen? Wer hätte es für möglich gehalten, dass der Staat die Kirchen schließt, dass der Wirt oder der Restaurantbesitzer seine Kneipe nicht mehr öffnen darf, dass überhaupt alle Dienstleister und Vereine in Gesellschaft, Sport und Kultur dazu gezwungen werden, ihren Betrieb einzustellen, dass öffentliche Plätze zugesperrt werden, dass sogar die Schulen, Kindergärten und Kitas zu sind, dass nix mehr erlaubt ist, was sonst die Vielfalt des Lebens und der Wirtschaft ausmacht?

Okay, die Begründung dafür ist ja in ihrer Schrecklichkeit ebenfalls vom anderen Stern. Das sogenannte „Corona-Virus“ ist über die Welt hergefallen und wütet grausam, ja sogar heimtückisch unter den Menschen. Wenn in Italien dann an einem einzigen Tag 800 Menschen sterben und die Leichen in Lastern der Armee abtransportiert werden, ist die Notwendigkeit fast aller Maßnahmen einzusehen. Erst recht, wenn man die mathematischen Berechnungen kennt, dass es in sehr kurzer Zeit zu Millionen Toten allein in Deutschland kommen könnte, wenn man keine einschneidenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung



des Virus einleitet. Und natürlich ist jeder Tote einer zuviel.

Doch unabhängig davon stimmt es trotzdem, dass wir gerade eine Blaupause dessen durchleben, was es heißt, wenn der Staat totalitär wird. Na klar, wir vertrauen bisher den Visagen „da oben“, von Merkel bis Kretschmann, und können uns nicht wirklich vorstellen, dass die uns in eine Diktatur führen wollen. Würden wir aber auch einem Orban in Ungarn nichts unterstellen wollen, oder Trump in den USA? Von jenen Regimes in China, Russland, Iran, Saudi-Arabien und anderen mal ganz abgesehen, die den Kampf gegen das Virus für andere Zwecke instrumentalisieren.

Und schließlich können auch in Deutschland die Gesichter mal andere sein. Nein, wir nennen jetzt keine Namen, aber der Phantasie sind hier ja keine Grenzen gesetzt.

Obwohl die Phantasie dann ja das ist, was in einem totalitären System direkt geahndet wird.

Es ist beispielsweise in der Krise schon jetzt ärgerlich, wie manche Töne angeschlagen werden. Da gibt es Politiker, die stigmatisieren in unerträglicher Weise (ehemals) freie Bürger dieses Landes, wie dies etwa Thomas Strobl (Innenminister in Baden-Württemberg) mehrfach tat. Da ist dann von den „Unverbesserlichen“ die Rede, meist junge Leute, die sich noch in Gruppen trafen und den Ernst der Lage nicht erkannt hätten. Dieser Gruppe wurde von Strobl öffentlichkeitswirksam harte Strafen (25.000 Euro Bußgeld oder gar mehrjährige Haftstrafen) quasi versprochen. Ja, es sind viele harte Hunde unterwegs, angeblich als Reaktion auf das gefährliche Virus.

Und diese verquere Logik wird dann unerträglich, wenn der Staat

und die Politiker argumentieren, dass wegen der Uneinsichtigkeit weniger Leute halt dann auch die größere Gruppe der Einsichtigen mit weiteren staatlichen Einschränkungen bestraft würden, quasi Herdenhaftung.

Denn dieses Denken und eine solche „Argumentation“ ist ein ganz klares Kennzeichen autoritärer und totalitärer Regimes. Da wird die Herde blökender, unwissender Bürger mal so richtig rangenommen, gell? Dabei gerät ganz in Vergessenheit, dass die so streng drohenden Politiker von eben genau denen gewählt wurden, die nun als „Herde“ gelten.

In einer Demokratie ist das Volk der oberste Souverän. Also nicht der Strobl, der Seehofer oder der Söder. So richtig es ist, dass der Zusammenhalt aller das Coronavirus bekämpft, so wenig darf es sein, dass dies Politiker für ihr Profil nutzen.

HALLO ZUSAMMEN

Sagen Sie es gerne weiter!

Liebe Leserinnen und Leser, auch die ZaS muss den sich überschlagenden Ereignissen aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus Tribut zollen. Unsere gedruckten Ausgaben im April entfallen, da sich in Druck, Verteilung der Zeitung sowie auch der Inhalte wie etwa im Kulturbereich (wo ja alles still steht) Ungewissheiten auf-tun. Wer jedoch Lust und Zeit hat, findet dafür auf unserer Homepage unter

www.zas-freiburg.de

nun **JEDEN SAMSTAG** ein paar aktuelle Essays und News wie heute die folgenden sechs Seiten. Diese Texte gibt es nur aktuell auf unserer Homepage, aber ebenso frisch geschrieben und meinungsstark wie sonst auch immer. Diese Texte sind für Sie also immer am Samstag nur einen Klick weit entfernt, selbstverständlich ohne Bezahl-schranke und so, also gratis. Sagen Sie das gerne weiter, denn je mehr Leser in unseren Online-Ausgaben schmökern, desto mehr Seiten wollen wir online anbieten. Im Mai hoffen wir, die ZaS dann auch wieder gedruckt an Sie verteilen zu können. Wir wünschen sonnige Tage! [Michael Zäh](#)



Bis zum nächste

Coronavirus. Das 750-Milliarden Hilfspaket des Staates gegen die Pandemie, das das Knallen der Peitsche dafür gesorgt hat, dass gesellschaftliche und

ZUR SACHE

Einschneidende Eingriffe, überall

Die Bundesregierung und die Länder haben gemeinsam die Schließung einer Vielzahl von Geschäften und Institutionen beschlossen. So sollen „Zusammenkünfte in Kirchen, Moscheen, Synagogen und die Zusammenkünfte anderer Glaubensgemeinschaften“ verboten werden, auch Gottesdienste können nicht mehr stattfinden. Ebenso sind Zusammenkünfte in Vereinen und sonstigen Sport- und Freizeiteinrichtungen untersagt, Angebote in Volkshochschulen, Musikschulen und sonstigen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen sowie Reisebusreisen sollen eingestellt, Spielplatzbesuche unterlassen werden. Bars, Clubs, Diskotheken sollen geschlossen bleiben, desgleichen Theater, Opern, Konzerthäuser, Museen, Messen, Ausstellungen, Freizeit- und Tierparks und Anbieter von Freizeitaktivitäten, Spezialmärkte, Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen. Auch der Betrieb öffentlicher und privater Sportanlagen, Schwimm- und Spaßbädern sowie Fitnessstudios muss eingestellt werden. *miz*

Wie wird Deutschland in den kommenden Wochen (oder gar Monaten) frisiert sein? Das ist keine kleine Frage, da ja alle Friseur/innen-Betriebe schließen mussten. Wird unsere Mutti Merkel dann plötzlich graue Strähnen im Haaransatz aufweisen, werden Olaf Scholz die (bisher nicht vorhandenen) Haare zu Berge stehen? Und wie wirkt es sich aus, wenn bei über 80 Millionen deutschen Bürgern die Matte wächst, wo sie es gar nicht soll, das Grau und gar das Weiße sprießt, während das akkurate Kurzhaar wie auch der schön gestutzte Bart nur noch eine ferne Erinnerung sind. Vielmehr sogar eine Sehnsucht, die unerreichbar in den Weiten des Seins dahin schwebt.

Nun ja, je länger das Haar wird, desto mehr Milliarden Steuergelder wird das kosten. Weil es ja so ist: Der Staat nimmt es, der Staat gibt es – das ist quasi ein alter Zopf. Wenn nun also Scholz, Kretschmann, Söder, Laschet und Konsorten sich darin übertreffen, die schön frisierte Bazooka in Anschlag zu bringen, dann vergessen staatliche Kurzhaardackel ja gerne, dass dieses Geld nicht wie ein Sternenregen vom Himmel fiel, sondern es sich um genau jene Kohle

handelt, die zuvor der gut frisierte Steuerzahler (und danach wirds auch so sein) an den Staat bezahlt hat. Das ist also ungefähr so, als ob der Friseur das Trinkgeld spendiert, das er soeben vom Kunden für die tolle Tolle bekam. Mit dem kleinen Unterschied freilich, dass derzeit keine Frisuren welcher Art auch immer zu haben sind.

Der Transfer von insgesamt rund 750 Milliarden Euro zurück an die Wirtschaft und die Steuerzahler ist ein bisschen ein Ablasshandel dafür, dass der Staat ja das wirtschaftliche Leben von oben herab eingestellt hat. Ja, es ist vielleicht sogar womöglich so, dass damit auch die Demokratie geschützt werden kann. Denn der Staat, der Verbote erlassen hat und die Freiheit seiner Bürger extrem einschränkt, gibt so auf der anderen Seite Millionen Menschen etwas Hoffnung, dass sie in den nächsten Wochen nicht völlig pleite gehen. Es ist schon ein fettes Butterbrot nach der knallenden Peitsche des Zusperrrens allen gesellschaftlichen Lebens.

Der Bundestag hat also ein großes Rettungspaket für die deutsche Wirtschaft beschlossen. Die Abgeordneten stimmten einem Nachtragshaushalt in Höhe von 156 Milliarden Euro

und dem Rettungsschirm WSF im Volumen von 600 Milliarden Euro zu. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes soll vorübergehend ausgesetzt werden. Selten einhellig: Es gab gegen das gesamte Paket nur drei Gegenstimmen.

Weil Bundeskanzlerin Angela Merkel unter häuslicher Quarantäne steht (ein Arzt, der sie geimpft hat, hatte das Coronavirus intus), stellte der Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz die Pläne der Regierung vor. „Vor uns liegen harte Wochen – und doch: Wir können sie bewältigen“, sagte Scholz. Quasi Zuversicht verbreiten. Um dann fortzufahren: „Wir erleben eine Krise, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Vorbild ist“, und für die Krisenbewältigung gebe es „kein Drehbuch“. Und erst recht nicht die passende Frisur, möchten wir an dieser Stelle hinzufügen.

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt (lange nix gehört von ihm) bezifferte gar das Volumen des Hilfspakets der Bundesregierung auf etwa 1400 Milliarden Euro. Das sei in etwa die Gesamtsumme an Krediten, Garantien und Hilfen. Je länger die Haare wachsen müssen, desto größer sind die Zahlen. Oh je, Schwindel, lass nach.



den Friseurtermin

Folgen des Coronavirus ist schon ein fettes Butterbrot, nachdem zuvor wirtschaftliche Aktivitäten zum Stillstand kamen. *Von Michael Zäh*

Es lässt sich noch gar nicht bis in jede Haarspitze darstellen, wer denn nun welche Gelder erhalten soll. Klar ist aber schon mal der Löwenanteil (nein, nicht mit der Löwenmähne zu verwechseln): Es wird einen 600 Milliarden Euro umfassenden Schutzschirm für größere Firmen geben. Der Staat will in großem Umfang Garantien geben und notfalls wichtige Unternehmen auch ganz oder zum Teil verstaatlichen. Wenn die Krise vorbei ist, sollen sie wieder privatisiert werden. Profitieren können nicht alle Unternehmen, sondern nur solche mit hohen Umsatzerlösen oder mehr als 250 Mitarbeitern. Unter diesen Schutzschirm können kleinere Firmen nur im Einzelfall schlüpfen - wenn sie für die Infrastruktur besonders wichtig sind. Wie Friseure, möchte man rufen.

Aber da wären dann noch die 50 Milliarden, die für kleine und kleinste Unternehmen ausgegeben werden sollen, inklusive den sogenannten Solo-Selbstständigen. So hat etwa das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg ein Soforthilfeprogramm aufgelegt: Gewerbliche Unternehmen, Sozial-

unternehmen und Angehörige der Freien Berufe, die sich unmittelbar infolge der Corona-Pandemie in einer existenzbedrohenden wirtschaftlichen Lage befinden und massive Liquiditätsgpässe erleiden, werden mit einem einmaligen, nicht rückzahlbaren Zuschuss unterstützt. Ausgezahlt über die Länder (wie hier BW) sollen kleine Firmen und Selbstständige, Musiker, Fotografen, Heilpraktiker oder Pfleger direkte Finanzspritzen erhalten. Je nach Unternehmensgröße sind das für drei Monate 9.000 bis 15.000 Euro. Dies wären keine Kredite, sondern Zuschüsse, die nicht zurück gezahlt werden müssen. Die Anträge hierfür können <https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme-und-aufrufe/liste-foerderprogramme/soforthilfe-corona/> bereits digital gestellt werden. Ausgezahlt werden die Zuschüsse dann direkt über die Landesbank.

Millionen Menschen in Deutsch-

land, die sich durch die Maßnahmen des Staates gegen die Ausbreitung des Corona-Virus in existenzieller Not wiederfinden, werden sich über solche Programme freuen (falls diese dann auch wirklich so unbürokratisch funktionieren wie versprochen), und sich zumindest mal kurz entspannen. Aber Vorsicht: Experten warnen, dass diese „Soforthilfen“ hohe Hürden haben und es sich daher um Augenwischerei handeln könnte. Es wäre ziemlich skandalös, so laut und unfrisiert die Hilfe ins Land zu posaunen, riesige Hoffnungen zu wecken und am Ende doch für die meisten Kleinen nicht infrage zu kommen! Es wäre ein staatlicher und politischer Schwindel, wenn das Soforthilfeprogramm quasi Hartz IV ist, nur nicht so heißt.

Ist ja schon verwunderlich genug, wie schnell über Jahre tragende Grundsätze wie die „schwarze Null“ oder die im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ von einem Tag zum anderen plötzlich über Bord sind. Zack, zack, oder sagen wir: Schnipp Schnapp!

Ewig kann trotz Milliardenschirm das komplette Runterfahren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht dauern. Höchstens bis zum nächsten Friseur-Termin.

ZUR SACHE

Der Streit um die Deutungshoheit

In Berlin mahnte Gesundheitsminister Jens Spahn weiterhin die Einhaltung aller Regeln an. „Noch ist das die Ruhe vor dem Sturm“, sagte er. Natürlich werde es „eine Zeit nach Corona geben“. Das Leben werde sich aber erst schrittweise wieder normalisieren müssen. Unter Medizinern und Politikern gibt es aber auch welche, die sich öffentlich dahingehend äußern, dass das Corona-Virus in Wirklichkeit gar nicht so schlimm sei. Diesen Thesen gegenüber hat nun Innenminister Horst Seehofer Stellung bezogen: Er lehne die These der Herdenimmunsierung ab, nach der möglichst viele Menschen vom Corona-Virus befallen werden sollen, um zügig immun zu werden. Das halte die Kosten der Pandemie zwar vergleichsweise niedrig, sei aber nur um den Preis hoher Sterberaten zu erreichen. „Erstens hat mir noch kein Wissenschaftler in die Hand versprochen, dass man dann wirklich immun ist“, sagte Seehofer. „Und zweitens heißt das, dass man Opfer in Kauf nimmt. Das halte ich für eine unververtretbare Strategie.“ Es gibt Zyniker, die berechnen, was ein Menschenleben kostet. *miz*



„Menschen ohne krank oder

Gastbeitrag zum Coronavirus. Die Quarantäne ist keine Dauerlösung unverzichtbar. Die bisherigen Anstrengungen zum Ausbau der mediz

Berlin 25. März 2020 – Der Psychoneuroimmunologe und Psychosomatiker Joachim Bauer hält die bisher verordneten Maßnahmen gegen COVID-19 für richtig, warnt aber vor einer längerfristigen Aufrechterhaltung. „Mehr als vier Wochen halten die meisten Menschen das psychisch nicht durch“. Die Folgen einer längerfristigen Kontaktsperre wären nicht nur politisch, wirtschaftlich und kulturell, sondern auch sozialpsychologisch verheerend. „Zwischenmenschliche Nähe ist, wenn sie einem Menschen nicht aufgezwungen wird, eine der stärksten heilsamen Drogen“, so Bauer. Er fordert einen schnellen und massiven Ausbau medizinischer Einrichtungen. Ein längerfristiger Verzicht auf fundamentale Freiheitsrechte, wie er von einigen Virologen und Epidemiologen avisiert werde, gleiche einem aus Angst vor dem Tode vorgenommenen präventiven Suizid. „Politik muss mehr sein als Virologie und Epidemiologie. Dass sich diejenigen, die sich dem angeblich alternativlosen Rational einiger Epidemiologen und Virologen nicht beugen, dem Verdacht aussetzen, mit den Erkrankten nicht solidarisch sein zu wollen, ist inakzeptabel“, so Bauer, der auch Facharzt für Innere Medizin und Psychiatrie ist. Die bisherigen Anstrengungen zum Ausbau der medizinischen Versorgung der Gefährdeten reichten, so Bauer, bei Weitem nicht aus. Hier sein Gastbeitrag:

An der vom SARS-CoV2 Virus ausgelösten Erkrankung COVID-19 gibt es nichts zu beschönigen. Zwar erleiden, wie bisher vorliegende Studien zeigen, über 80% der Infizierten nur leichte bis mittelschwere Symptome (in der Regel mit Husten und Fieber), ähnlich einer Grippe. Da aber bei bis zu 20% der Infizierten der Virus zu einer schweren Lungenentzündung führt, handelt es sich um eine überaus ernst zu nehmende Erkrankung. Etwa fünf Prozent

der Infizierten brauchen intensivmedizinische Behandlung mit maschineller Beatmung. Die bisher behandelten Prozentzahlen des Anteils schwer Erkrankter, ebenso wie die Angaben zum Anteil der an der Infektion Verstorbenen sind tatsächlich vermutlich deutlich niedriger. Der Grund dafür ist, dass die bisher vorliegenden Studien sich nicht auf die Gesamtheit von Infizierten in der Bevölkerung bezogen, sondern auf Menschen, die sich in einer Klinik vorgestellt hatten. Alle Experten gehen von einer nicht erfassten hohen Zahl unerkannt Infizierter aus, die nur geringe Symptome entwickeln. Aufgrund dieser „Dunkelziffer“ ist der tatsächliche prozentuale Anteil derer, die schwer erkranken oder der Infektion erliegen, als weit geringer anzunehmen als bisher vermutet. In Deutschland liegt der Anteil der Verstorbenen unter den SARS-CoV2-Infizierten nach neuesten Zahlen bei 0,4%.

Virologisch und epidemiologisch unbestritten ist, dass wir alle der Infektion auf Dauer nicht entkommen können. Konsens der Fachleute ist, dass wir einer „Durchseuchung“ (etwas vornehmer ausgedrückt: Herdenimmunität) entgegengehen: An deren Ende werden bis zu 70% der Bevölkerung (das sind in unserem Land 50-60 Millionen Menschen) den Virus „durchgemacht“ und dann eine Immunität erworben haben. Diese bieten dann ihrerseits den restlichen 30% der Bevölkerung, sozusagen als Puffer, einen gewissen Schutz. Die bisherigen, der Reduktion von Kontakten zwischen den Menschen dienenden Maßnahmen haben – was gerne verdrängt wird – nicht das Ziel, Menschen vor der Infektion zu schützen. Sie sollen lediglich verhindern, dass sozusagen „alle auf einmal“ krank werden und unsere medizinischen Einrichtungen überfordern. Daher sind die Maßnahmen

jetzt erst einmal richtig. Auf längere Sicht schützen sie aber niemanden, auch die besonders Gefährdeten nicht vor einer Infektion!

Unsere Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Je konsequenter und länger wir die radikalen Maßnahmen der Kontaktsperre aufrechterhalten, desto weniger Menschen werden zu einem gegebenen Zeitpunkt krank, desto länger würde es aber auch dauern, bis die genannten 70% der Bevölkerung, also rund 50-60 Millionen Menschen „durchinfiziert“ wären. Virologen und Epidemiologen wie der Direktor des Robert-Koch-Instituts haben nur das eine Ziel vor Augen: der Kurvenverlauf müsse abgeflacht werden, um unsere medizinischen Einrichtungen, die als nur wenig veränderbare, konstante Größe kalkuliert werden, nicht zu überlasten. Diese Argumentation ist zunächst einmal richtig. Dass an einer Lungenentzündung erkrankte Menschen, wenn sie stationäre Behandlung brauchen (nicht alle brauchen sie), eine Klinik finden, ist ein „Muss“. Menschen haben, damit ihre Gesundheit geschützt bleibt, aber nicht nur körperliche, sondern auch psychische, soziale und kulturelle Bedürfnisse, die ebenso zu beachten sind, in ihrer Bedeutung aber gerne unterschätzt oder gering gehandelt werden. Politik hat das gesamte Spektrum dieser Bedürfnisse im Auge zu behalten.

Menschen können ohne sozialen Kontakt auf Dauer nicht auskommen

Menschen sind ausweislich ihrer neurobiologischen Konstruktionsmerkmale auf sozialen Kontakt angewiesene Wesen. Zwischenmenschliche Nähe ist, wenn sie einem Menschen nicht aufgezwungen wird, eine der stärksten heilsamen Drogen, die wir kennen. Psychisches Erleben hat tiefgreifende, wissenschaftlich nachweisbare – und tatsächlich unendlich oft nachgewiesene – Auswirkungen auf

die biologischen Abläufe des menschlichen Körpers. Das menschliche Gehirn – US-Kollegen prägten den Begriff des „social brain“ – konvertiert psychische und soziale Erfahrungen in Biologie. Mit am stärksten davon betroffen ist das menschliche Immunsystem, dessen biologische Abwehrkräfte erlahmen, wenn Menschen Einsamkeit oder soziale Ausgrenzung erleben. Dass die moderne Medizin, auf die wir uneingeschränkt stolz sein können und selbstverständlich nicht verzichten wollen, diesen Aspekt unterbewertet, ist bedauerlich, macht ihn aber nicht weniger bedeutsam. Menschen ohne Kontakt werden krank und depressiv oder aggressiv.

Gemeinschaft, soziale und kulturelle Verbundenheit sind unersetzliche, essentielle Lebensbedürfnisse. Die analoge, physische Gemeinschaft mit anderen Menschen lässt sich durch digitale Kommunikationsmedien für viele Menschen gar nicht, für die andere nur eingeschränkt und jedenfalls nicht auf Dauer ersetzen. Vielen alten Menschen, vielen Blinden oder schwer Behinderten, aber auch vielen Kleinkindern stehen die digitalen Kommunikationsmittel gar nicht zur Verfügung. Aber auch diejenigen, die in der digitalen Welt zuhause sind, wissen, dass der physische Kontakt, der Blick in die Augen eines Anderen, der Austausch eines Lächelns von Angesicht zu Angesicht letztlich nicht zu ersetzen ist. Gemeinsam Ausflüge zu machen, gemeinsam Konzerte zu besuchen oder sich anlasslos treffen zu können sind menschliche Grundbedürfnisse. Weil sie genau das sind, haben wir die Grundrechte. Sie sind kein juristischer Selbstzweck. Sie sekundieren menschliche Grundbedürfnisse.

Wichtig für künftige Notzeiten: eine Bettenreserve

Aus diesen Gründen muss Politik mehr sein als Virologie und Epidemiolo-

„Kontakt werden aggressiv“

ng. Eine Bettenreserve für die Notzeiten einer Epidemie ist hingegen medizinischen Versorgung reichen nicht aus. Von Prof. Dr. Joachim Bauer

gie. Politik muss mehrere Zielgrößen im Auge haben. Die körperliche Gesundheit des Menschen ist eine, ja eine besonders wichtige Zielgröße - aber nicht einzige. Ich sehe die Gefahr, dass wir als Gesellschaft dabei sind, unseren Blick unter der Drohung der uns bevorstehenden Epidemie auf die Virologie zu verengen. Die hier von mir nicht weiter thematisierten wirtschaftlichen Schäden, die der Shut-Down vieler gesellschaftlicher Bereiche anrichtet, sind derart gewaltig, dass jetzt hunderte von Milliarden aufgebracht werden sollen, um die Folgen von Maßnahmen wiedergutzumachen, die eigentlich eine Therapie sein sollten. Dies mag in Ordnung sein. Doch warum verwenden wir nicht einen guten Teil dieser „Bazooka“-Gelder dazu, unsere medizinischen Strukturen in kürzester Zeit baulich, apparativ und personell massiv aufzurüsten? Für eine solche notfallmäßige Hochgeschwindigkeits-Aufrüstung mit Schaffung von 50.000 zusätzlichen Betten nötig wäre ein Betrag in der Größenordnung von 25 bis 50 Mrd. €.

Die aktuelle Covid-19-Pandemie ist nicht die erste, die unser Land heimsucht, und sie wird nicht die letzte gewesen sein. In Deutschland liegt die Influenza-bedingte Übersterblichkeit seit vielen Jahren alljährlich bei über 20.000 Menschen. Neue unbekannte Erreger sind auch in der Zukunft zu erwarten. Daher ist für ein Land wie das unsere eine Bettenreserve für die Notzeiten einer Epidemie unverzichtbar. Sie kann in „Friedenszeiten“ ruhiggestellt werden. Zu einer solchen Reserve zählt auch ein Personalpool von Menschen, die in Friedenszeiten hinreichend trainiert wurden und in Notzeiten kurzfristig aktiviert werden können.

Diese Bettenreserve vorzuhalten, wäre, wie wir jetzt sehen, eine weit billigere Angelegenheit als das, was wir jetzt zur Stützung der Wirtschaft und zur Abwendung eines Totalkollaps der Gesellschaft ausgeben müssen.



ZUM AUTOR

Professor Dr. Joachim Bauer

Universitäts-Professor Dr. Joachim Bauer ist Professor für Psychoneuroimmunologie, Facharzt für Innere Medizin und für Psychiatrie und in beiden Fächern auch habilitiert. Von der Corona-Krise ist er persönlich wegen einer Bronchial-Allergie betroffen (was ihn zu einem Teil der Risikogruppe macht) sowie auch als Betreuer seiner 89-jährigen, in einem Berliner Pflegeheim lebenden erblindeten Mutter. Bauer forschte am Mount Sinai Medical Center in NYC über Immunbotenstoffe und war lange Jahre am Uniklinikum Freiburg tätig. Er lebt und arbeitet in Berlin, wo er eine Gastprofessur innehat. „Das Gedächtnis des Körpers – Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern“ (Piper Verlag, 11 Euro) und „Wie wir werden wer wir sind – Die Entstehung des menschlichen Selbst durch Resonanz“ (Blessing Verlag, 22 Euro) heißen zwei seiner Bestseller.



RKK Klinikum vorbereitet

Coronavirus in Freiburg. Auf Basis aktueller Berechnungen und den Erfahrungen aus dem benachbarten Elsass wird die Region Freiburg besonders stark von einer steigenden Zahl von Covid-19-Patienten betroffen sein. Teamarbeit ist gefragt

Auf Basis aktueller Berechnungen und den Erfahrungen aus dem benachbarten Elsass wird die Region Freiburg besonders stark von einer steigenden Zahl von Covid-19-Patienten betroffen sein. Hierauf hat sich das RKK Klinikum, zusammen und in Absprache mit den Kliniken im Stadt- und Landkreis, bereits seit Wochen entsprechend vorbereitet. Ein besonderes Merkmal des RKK Klinikums ist die große Versorgungseinheit im St. Josefskrankenhaus. Diese besteht aus einer Intensiv- und einer räumlich direkt angeschlossenen, jederzeit als zusätzliche Intensivstation nutzbaren IMC-(Intermediate Care) Station und einem Kompetenzzentrum für Lungen- und Atemwegserkrankungen sowie interdisziplinärer Intensivmedizin. Das RKK Klinikum ist gerade in der aktuellen Situation prädestiniert, allen Erwartungen an ein Notfallkrankenhaus gerecht zu werden.

Als größter Notarztstandort in Baden-Württemberg mit Bestwerten in Schnelligkeit und Versorgungsqualität hält das RKK Klinikum aktuell ca. 8 Prozent seiner 489 Betten als Intensivbetten für eine aufwändige medizinische und pflegerische Versorgung betroffener Covid-19-Patienten vor. Darüber hinaus wurden die Kapazitäten der isolierten Bereiche ausgeweitet. „Dabei erweist sich die überschaubare Größe als Vorteil: Intensiv- und Spitzenmedizin ist Teamarbeit in Reinform und kann nur dort geleistet werden, wo alle Bereiche des Krankenhauses Hand in Hand arbeiten“, erläutert der Ärztliche Direktor Professor Dr. Thorsten Vowinkel. „Der hohe Anteil an Beatmungsplätzen lässt



sich bei Bedarf noch weiter ausbauen“, ergänzt Professor Dr. Stephan Sorichter, Chefarzt der auf die differenzierte Diagnostik und Therapie aller Erkrankungen der Atemwege und der Lunge spezialisierten Klinik für Pneumologie und Beatmungsmedizin. Wichtig ist jedoch nicht nur der Ausbau von Beatmungsplätzen, sondern auch eine differenzierte und stets an den aktuellen Entwicklungen und Erkenntnissen angepasste Therapie, immer primär unter dem Aspekt eine invasive Beatmung vermeiden zu können. Hier ist insbesondere das lungenfachärztliche und intensiv-medizinische Know-how notwendig, wie es am St. Josefskrankenhaus gegeben ist. Darüber hinaus werden im ge-

samten RKK Klinikum planbare Operationen ausgesetzt und das Loretto-Krankenhaus, trotz massiver finanzieller Konsequenzen infolge ausgefallener Operationen, vom planbaren Elektivmodus in den Akutmodus mit entsprechender Intensivstation versetzt. So konnte in beiden Häusern das Personal frühzeitig geschult und interdisziplinäre, fachübergreifende Teams für Covid-19-Patienten gebildet werden. In diesem Zusammenhang betont der Aufsichtsratsvorsitzende Professor Dr.-Ing. Heinzpeter Schmiege: „Wir fühlen uns gut gerüstet für die zu erwartende »Corona-Welle«: Berufsgruppenübergreifend setzen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im



RKK Klinikum sehr engagiert ein. Deren Bereitschaft zu Mehrarbeit in diesem Ausmaß verdient höchste Anerkennung und Wertschätzung.“ In weiterer Vorausschau des zu erwartenden Anstiegs Covid-19 positiver Patienten hat das Landratsamt mit Erfolg Hilfeleistung durch die Bundeswehr für die Stadt Freiburg und den Landkreis beantragt. Ausgebildete Notfallsanitäter und Rettungsassistenten der Bundeswehr sind bereits vor Ort und werden eingewiesen sowie in die Abläufe auf der Intensivstation eingearbeitet. Sie unterstützen die Behandlungsteams in der Versorgung von zu beatmenden Patienten und stellen Material wie zum Beispiel Beatmungsgeräte zur Verfügung.

UNSERE AKTUELLEN PROJEKTE IN FREIBURG UND GUNDELFINGEN



Wir suchen Grundstücke und Immobilien in Freiburg und im Freiburger Umland! Sprechen Sie uns an. Wir suchen gemeinsam mit Ihnen nach der optimalen Lösung für Ihr Objekt.



Benzstraße 22 - 79232 March - info@projektbau-freiburg.de - 07665 934 580

www.projektbau-freiburg.de